

r habe ich
s, und der
frieden.
h richtig
s die Leu-
m ich gut
Koch ge-
and tätig,
arbeitet, in
und zuletzt
elgischen
ress in der
h raus.
ie Kessel
raus zum
einem Eur-
lieben ist.
hobneine-
, aber mit
ten Spaß.
ut, einge-
ch Hause.
anone für
igeladen.
ch wieder
in. Paula,
h ins Bett,
ie der Tag
den Fern-
von kurze
chwunden
NET VON
CHERGEL
tag

„Ich halte das für sehr bedenklich“

Professor Ulrich von Alemann lehrt an der Universität Düsseldorf. Mit dem Politikwissenschaftler sprach Thomas Geisen.

KÖLNEN STADT-ANZEIGER: Herr von Alemann, vor lauter Wahlkämpfen ist die politische Gestaltung gelähmt. Stimmen Sie dieser These zu?

URICH VON ALEMANN: Nein. Wahlkämpfe kann man unterschiedlich führen, landes- oder kommunalbezogen, so wie wir das jetzt in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz erleben. Es kommt auf das Umfeld an und auf die Fähigkeit der Parteien, sich auf die anstehenden Fragen zu konzentrieren.

Also können Sie auch der Idee, Bundes- und Landtagswahlen zusammenzulegen, nichts abgewinnen?

VON ALEMANN: Ich kann die Argumente der Befürworter verstehen. Ich bin aber der Ansicht, dass die Gegenargumente überwiegen. Die

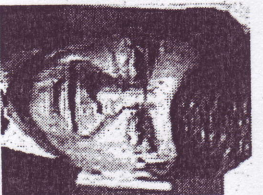
Länder haben je für sich ein parlamentarisches Regierungssystem, in dem das Parlament die Legislaturperiode bestimmen kann. Wenn eine Regierung zurücktritt oder wenn das Parlament die amtierende Regierung abwählt, kann es zu einer verkürzten Legislaturperiode kommen. Wenn man nun die Länder alle zu einem Wahltermin zwingen würde, dann müssten alle Landesverfassungen geändert und die Souveränität der Landesparlamente noch stärker eingeschränkt werden, als dies in den vergangenen Jahren sowieso schon geschehen ist. Ich halte das für sehr bedenklich.

Trotzdem: Die Dauerkampfe sind doch auch sehr bedenklich...

VON ALEMANN: Ein wichtiges Argument der Befürworter einer Zusammenlegung ist, dass dann die Landtagswahlen für sich stärker gewichtet werden könnten. Aber in der Praxis wird genau das Gegenteil der Fall sein, denn zusammengelegte Landtagswahlen, ähnlich den „midterm-elections“ in den USA, würden

erst recht eine reine Bundesparlamentswahl. Von Landespolitik wäre überhaupt nichts mehr zu spüren. Die Parteien müssen sich einfach stärker am Riemen reihen und landerspezifische Wahlkämpfe führen.

Also weniger eine Frage des Terms als der stärkerer Länder?



U. von Alemann
BILD: ZANDER

VON ALEMANN: Die Kompetenzen von Bund und Ländern sollten klarer voneinander getrennt werden. Wir haben hier in Deutschland ein sehr problematisches Verbundsystem, eine Art Politikverflechtung, während andere föderalistische Länder wie die USA oder die Schweiz ein stärkeres Trennsystem haben.

Siehe einer solchen Reform nicht Machtpolitik-Interessen im Wege?

VON ALEMANN: Ich glaube, so radikal wäre die Reform gar nicht. Was die große Koalition da im Moment

auf den Weg geschickt hat, geht in die richtige Richtung.

Würde eine Zusammenlegung nicht auch Kosten sparen?

VON ALEMANN: Natürlich, aber man nimmt den Bürgern auch demokratische Rechte. Ebenso muss man genau abwägen, ob man die Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre verlängern sollte.

Bislang wurden Landtagswahlen als Abstrafung für bundespolitische Sünden benutzt. In Berlin regiert nun eine große Koalition. Wer wird am Sonntag bestraft?

VON ALEMANN: Ich erwarte, dass der ideologische Großkonflikt Mitte-rechts gegen Mitte-links im Moment stillgestellt ist. Also keine Abstrafung der an der Regierung beteiligten Parteien, sondern echte landerspezifische Ergebnisse.

Kölnen Stadt Anzeiger, Nr. 77, 24. März